

NOMOSLEHRBUCH

Faust

Bürgerliches Gesetzbuch Allgemeiner Teil

8. Auflage



Nomos

NOMOSLEHRBUCH

Professor Dr. Florian Faust, LL.M.
Bucerius Law School, Hamburg

Bürgerliches Gesetzbuch Allgemeiner Teil

8. Auflage



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-8656-5 (Print)

ISBN 978-3-7489-3027-3 (ePDF)

8. Auflage 2023

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2023. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

Vorwort

Dies ist nun schon die achte Auflage meines Lehrbuchs zum Allgemeinen Teil des BGB. Ich habe zahlreiche kleinere Änderungen vorgenommen und das Buch an die neuen Rechtsentwicklungen, insbesondere durch das Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie über bestimmte vertragsrechtliche Aspekte der Bereitstellung digitaler Inhalte und digitaler Dienstleistungen vom 25. Juni 2021 (BGBl. I, S. 2123 ff.), angepasst. Schon berücksichtigt wurden das Gesetz zur Reform des Vormundschafts- und Betreuungsrechts vom 4. Mai 2021 (BGBl. I, S. 882 ff.), das am 1. Januar 2023 in Kraft treten wird, und das Gesetz zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts vom 10. August 2021 (BGBl. I, S. 3436 ff.), das überwiegend am 1. Januar 2024 in Kraft treten wird.

Das Grundkonzept der Voraufgaben habe ich beibehalten: Das Buch wurde vorrangig unter didaktischen Gesichtspunkten geschrieben, die ich im Abschnitt „Über den Umgang mit diesem Buch“ kurz erläutern möchte. Ich bitte, diesen Abschnitt unbedingt zu lesen. Diese Orientierung an didaktischen Aspekten bedeutet freilich nicht, dass ich mich nicht bemüht habe, auch dem wissenschaftlich interessierten Leser etwas zu bieten. So stelle ich Meinungsstreitigkeiten ausführlich dar, beziehe dabei pointierte Stellung und spreche einige Fragen an, zu denen sich in der Literatur sonst wenig findet. Ich bin nämlich fest davon überzeugt, dass man Spaß an Jura nur gewinnen kann, wenn man es nicht als vorgegebene und mehr oder minder auswendig zu lernende Materie kennenlernt, sondern als Geflecht widerstreitender Interessen und Prinzipien, die häufig auf mehr als eine Weise zum Ausgleich gebracht werden können.

Der Hochschulalltag lehrt, dass es oft die kleinen Dinge sind, die die größten Probleme bereiten, und dass sich daran mit wachsender Semesterzahl nicht viel ändert: die exakte Auslegung von Willenserklärungen, der Unterschied zwischen Vertretungs- und Verfügungsmacht, Formulierungen, die gegen das Abstraktionsprinzip verstoßen, oder die genaue Prüfung des Vertragsschlusses eines beschränkt Geschäftsfähigen. Ich habe mich bemüht, diese Probleme anzusprechen und Tipps für ihre Bewältigung zu geben.

Die Zwänge, die der notwendig beschränkte Umfang eines Kurzlehrbuchs mit sich bringt, habe ich dadurch zu meistern versucht, dass ich den behandelten Stoff nach seiner Klausurrelevanz ausgewählt und gewichtet habe. So bleibt etwa das Vereinsrecht völlig ausgeklammert, weil es üblicher- und sinnvollerweise als Teil des Gesellschaftsrechts unterrichtet wird, das Verjährungsrecht ist knapp gehalten. Nur einen kurzen Überblick gebe ich über das Verbraucherschutzrecht (§ 28) und das Recht der Allgemeinen Geschäftsbedingungen (§ 29), da diese Materien zwar systematisch durchaus zum Allgemeinen Teil des BGB gezählt werden können, der Gesetzgeber sie aber im Schuldrecht geregelt hat. Der gewonnene Platz wird für die vertiefte Behandlung typischer Klausurprobleme genutzt. Der Platzbeschränkung zum Opfer fiel auch ein Kapitel über die Stellung des Bürgerlichen Rechts im Rahmen der Gesamtrechtsordnung, die Entstehung des BGB und seine rechtspolitischen Grundlagen; kurze Hinweise zu letzteren habe ich an geeigneten Stellen eingestreut. Als Rechtfertigung mag die Hoffnung dienen, dass die Leser dadurch, dass sie sofort mit Sachproblemen konfrontiert werden, Interesse am Bürgerlichen Recht gewinnen und sich deshalb diese Grundlagen andernorts aneignen, wo sie fundierter vermittelt werden, als ein Einführungskapitel in einem Kurzlehrbuch es könnte.

Vorwort

Mein Dank gilt meinen Mitarbeitern *Claudia Adelman*, *Lucas Bliesze*, *Jenan Fur*, *Paulina Große-Wöhrmann*, *Tilman Koops*, *Richard Martin*, *Jonathan Platzbecker*, *Janne Roehsler* und *Leonie Schwannecke* für vielfältige Hinweise und Kritik, Aufmunterung und praktische Unterstützung. Über Anregungen aus dem Leserkreis würde ich mich freuen (florian.faust@law-school.de).

Hamburg, am 18.7.2022

Florian Faust

Inhaltsübersicht

Vorwort	5
Über den Umgang mit diesem Buch	21
Abkürzungsverzeichnis	25
Literaturverzeichnis (Auswahl)	29
<hr/>	
A. WILLENSERKLÄRUNGEN UND VERTRAGSSCHLUSS	
§ 1 Grundlagen: Erfüllungsanspruch und Konsensprinzip	31
§ 2 Die Willenserklärung	33
§ 3 Der Vertragsschluss	59
<hr/>	
B. TRENNUNGS- UND ABSTRAKTIONSPRINZIP	
§ 4 Sachenrechtliche Grundlagen	82
§ 5 Verpflichtungsgeschäfte und Verfügungsgeschäfte	85
§ 6 Die Rückabwicklung bei Unwirksamkeit von Verpflichtungs- und/oder Verfügungsgeschäft	88
§ 7 Der Sinn von Trennungs- und Abstraktionsprinzip	93
<hr/>	
C. FORMALE UND INHALTLICHE WIRKSAMKEITSVORAUSSETZUNGEN VON RECHTSGESCHÄFTEN	
§ 8 Formbedürftige Rechtsgeschäfte	95
§ 9 Gesetzwidrige Rechtsgeschäfte (§ 134 BGB)	106
§ 10 Sittenwidrige Rechtsgeschäfte (§ 138 BGB)	109
§ 11 Veräußerungsverbote (§§ 135–137 BGB)	115
<hr/>	
D. DIE FOLGEN DER UNWIRKSAMKEIT VON RECHTSGESCHÄFTEN	
§ 12 Teilnichtigkeit (§ 139 BGB)	117
§ 13 Umdeutung (§ 140 BGB)	122
§ 14 Bestätigung eines nichtigen Rechtsgeschäfts (§ 141 BGB)	124
<hr/>	
E. RECHTS- UND GESCHÄFTSFÄHIGKEIT	
§ 15 Rechtsfähigkeit	126
§ 16 Geschäftsfähigkeit	129

Inhaltsübersicht

F. WILLENSMÄNGEL

§ 17	Der Konflikt zwischen dem Schutz der Privatautonomie und dem Verkehrsschutz	159
§ 18	Bewusstes Auseinanderfallen von Wille und Erklärung	164
§ 19	Unbewusstes Auseinanderfallen von Wille und Erklärung	171
§ 20	Arglistige Täuschung und widerrechtliche Drohung	192
§ 21	Ausübung des Anfechtungsrechts und Rechtsfolgen	202

G. STELLVERTRETUNG UND BOTENSCHAFT

§ 22	Einführung	212
§ 23	Der Offenheitsgrundsatz	217
§ 24	Die Vertretungsmacht	225
§ 25	Vertretung ohne Vertretungsmacht	256
§ 26	Einzelne Probleme des Stellvertretungsrechts	263
§ 27	Boten	287

H. VERBRAUCHERSCHUTZRECHT UND ALLGEMEINE GESCHÄFTSBEDINGUNGEN

§ 28	Verbraucherschutzvorschriften	299
§ 29	Die Verwendung von Allgemeinen Geschäftsbedingungen	317

I. GEGENRECHTE

§ 30	Einreden und Einwendungen	336
§ 31	Grundzüge des Verjährungsrechts	338
	Definitionen	343
	Stichwortverzeichnis	355

Inhalt

Vorwort	5
Über den Umgang mit diesem Buch	21
Abkürzungsverzeichnis	25
Literaturverzeichnis (Auswahl)	29

A. WILLENSERKLÄRUNGEN UND VERTRAGSSCHLUSS

§ 1 Grundlagen: Erfüllungsanspruch und Konsensprinzip	31
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	32
§ 2 Die Willenserklärung	33
I. Begriff	33
II. Arten von Willenserklärungen	33
III. Der Tatbestand einer Willenserklärung	34
1. Subjektiver Tatbestand der Willenserklärung	34
2. Objektiver Tatbestand der Willenserklärung	35
IV. Die Auslegung von Willenserklärungen	37
1. Empfangsbedürftige Willenserklärungen	37
a) Problem	37
b) Normative Auslegung nach dem objektiven Empfängerhorizont	38
c) Natürliche Auslegung nach dem übereinstimmenden Verständnis der Parteien	40
2. Nicht empfangsbedürftige Willenserklärungen	41
V. Abgrenzungen	42
1. Gefälligkeitsverhältnisse	42
2. Geschäftsähnliche Handlungen	44
3. Realakte	45
VI. Das Wirksamwerden von Willenserklärungen	45
1. Abgabe	45
a) Bedeutung der Abgabe	45
b) Zeitpunkt der Abgabe	46
2. Zugang	47
a) Problem	47
b) Die grundlegende Definition	47
c) Die Mindermeinungen	49
d) Einzelheiten	50
aa) Abgabe der Willenserklärung gegenüber dem Empfänger	50
bb) Der Anwendungsbereich von § 130 Abs. 1 S. 1 BGB	51
cc) Der Machtbereich des Empfängers	51
dd) Die Erwartbarkeit der Kenntnisnahme	53
3. Zugangsvereitelung	55
4. Der Widerruf einer Willenserklärung (§ 130 Abs. 1 S. 2 BGB)	57
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	57

Inhalt

§ 3	Der Vertragsschluss	59
I.	Grundsatz	59
II.	Der Antrag	60
1.	Inhaltliche Anforderungen	60
a)	Bestimmtheit	60
b)	Rechtsbindungswille	61
2.	Die Bindung an den Antrag	62
a)	Die Dauer der Bindung	62
b)	Der Ausschluss der Bindung	64
c)	Der Einfluss von Tod oder Verlust der Geschäftsfähigkeit	65
III.	Die Annahme	66
1.	Inhaltliche Anforderungen	66
2.	Rechtzeitigkeit	68
a)	Verzögerung des Zugangs der Annahme	69
b)	Verspätete Annahme	69
3.	Annahme durch nicht empfangsbedürftige Willenserklärung gemäß § 151 BGB	71
IV.	Einigungsmangel/Dissens	74
1.	Fälle des Einigungsmangels	74
2.	Rechtsfolgen	75
V.	Vertragsschluss bei Versteigerung	78
	Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	80
B. TRENNUNGS- UND ABSTRAKTIONSPRINZIP		
<hr/>		
§ 4	Sachenrechtliche Grundlagen	82
I.	Besitz und Eigentum	82
II.	Die Übertragung des Eigentums an beweglichen Sachen	82
	Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	84
§ 5	Verpflichtungsgeschäfte und Verfügungsgeschäfte	85
I.	Begriffe	85
II.	Die rechtliche Unabhängigkeit von Verpflichtungsgeschäft und Verfügungsgeschäft	85
	Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	87
§ 6	Die Rückabwicklung bei Unwirksamkeit von Verpflichtungs- und/oder Verfügungsgeschäft	88
I.	Kausale und abstrakte Geschäfte	88
II.	Die einzelnen Ansprüche	89
1.	Eigentumsherausgabeanspruch bei Unwirksamkeit der Übereignung	89
2.	Bereicherungsanspruch bei Unwirksamkeit des Verpflichtungsgeschäfts	90
III.	Zusammenfassung der einzelnen Fallkonstellationen	91
	Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	92

Inhalt

§ 7 Der Sinn von Trennungs- und Abstraktionsprinzip	93
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	94

C. FORMALE UND INHALTLICHE WIRKSAMKEITSVORAUSSETZUNGEN VON RECHTSGESCHÄFTEN

§ 8 Formbedürftige Rechtsgeschäfte	95
I. Formfreiheit und Formzwecke	95
II. Arten der Form	96
1. Textform (§ 126b BGB)	96
2. Elektronische Form (§ 126a BGB)	97
3. Schriftform (§ 126 BGB)	97
4. Öffentliche Beglaubigung (§ 129 BGB)	99
5. Notarielle Beurkundung (§ 128 BGB)	99
III. Auslegung und Form	100
IV. Folgen von Formverstößen	102
1. Verstoß gegen gesetzliche Formvorschriften	102
2. Verstoß gegen vereinbarte Formerfordernisse	104
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	105
§ 9 Gesetzwidrige Rechtsgeschäfte (§ 134 BGB)	106
I. Regelungsgehalt von § 134 BGB	106
II. Verbotsgesetze	106
III. Umgehungsgeschäfte	108
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	108
§ 10 Sittenwidrige Rechtsgeschäfte (§ 138 BGB)	109
I. Grundlagen	109
II. Sittenwidriges Verhalten gegenüber dem Geschäftspartner	110
III. Sittenwidriges Verhalten gegenüber Dritten und der Allgemeinheit	113
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	114
§ 11 Veräußerungsverbote (§§ 135–137 BGB)	115
I. Absolute Verfügungsverbote	115
II. Relative Verfügungsverbote	115
III. Rechtsgeschäftliche Verfügungsverbote	116
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	116

D. DIE FOLGEN DER UNWIRKSAMKEIT VON RECHTSGESCHÄFTEN

§ 12 Teilnichtigkeit (§ 139 BGB)	117
I. Grundsätze	117
II. Einheitlichkeit und Teilbarkeit des Rechtsgeschäfts	118
1. Einheitlichkeit des Rechtsgeschäfts	118
2. Teilbarkeit des Rechtsgeschäfts	119
a) Grundsatz	119
b) Quantitative Teilbarkeit und geltungserhaltende Reduktion	119

Inhalt

III. Der Parteiwille	120
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	121
§ 13 Umdeutung (§ 140 BGB)	122
I. Allgemeines	122
II. Das Ersatzgeschäft	123
III. Der Parteiwille	123
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	123
§ 14 Bestätigung eines nichtigen Rechtsgeschäfts (§ 141 BGB)	124
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	125

E. RECHTS- UND GESCHÄFTSFÄHIGKEIT

§ 15 Rechtsfähigkeit	126
I. Überblick	126
II. Beginn der Rechtsfähigkeit natürlicher Personen	127
III. Ende der Rechtsfähigkeit natürlicher Personen	127
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	128
§ 16 Geschäftsfähigkeit	129
I. Grundlagen	129
1. Begriff der Geschäftsfähigkeit	129
2. Stufen der Geschäftsfähigkeit	129
3. Der Konflikt zwischen dem Schutz nicht voll Geschäftsfähiger und der Verkehrssicherheit	130
4. Die gesetzliche Vertretung nicht voll Geschäftsfähiger	131
a) Der gesetzliche Vertreter	131
b) Handeln des gesetzlichen Vertreters und Handeln des nicht voll Geschäftsfähigen	132
5. Sonderfälle der Geschäftsfähigkeit	133
II. Die beschränkte Geschäftsfähigkeit	134
1. Überblick	134
2. Partielle unbeschränkte Geschäftsfähigkeit des beschränkt Geschäftsfähigen	134
3. Abgabe von Willenserklärungen durch beschränkt Geschäftsfähige	135
a) Rechtlich lediglich vorteilhafte Geschäfte	135
aa) Grundsatz	135
bb) Einzelfälle	136
cc) Rechtlich neutrale Geschäfte	139
b) Einwilligung des gesetzlichen Vertreters	140
aa) Allgemeines zur Einwilligung	140
bb) Die Einwilligung nach § 107 BGB	142
cc) Die Einwilligung durch Überlassung von Mitteln nach § 110 BGB	142
4. Wirksamwerden von Willenserklärungen gegenüber beschränkt Geschäftsfähigen	146

Inhalt

5. Verträge ohne die erforderliche Einwilligung des gesetzlichen Vertreters	148
a) Regelungstechnik	148
b) Genehmigung	150
c) Der Schutz des Vertragspartners	152
6. Einseitige Rechtsgeschäfte	153
III. Die Geschäftsunfähigkeit	154
IV. Bewusstlosigkeit und vorübergehende Störung der Geistestätigkeit	156
V. Zusammenfassung	157
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	157
F. WILLENSMÄNGEL	
<hr/>	
§ 17 Der Konflikt zwischen dem Schutz der Privatautonomie und dem Verkehrsschutz	159
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	163
§ 18 Bewusstes Auseinanderfallen von Wille und Erklärung	164
I. Geheimer Vorbehalt (§ 116 BGB)	164
II. Scheinerklärung und Scheingeschäft (§ 117 BGB)	164
III. Scherzerklärung (§ 118 BGB)	168
IV. Zusammenfassung	170
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	170
§ 19 Unbewusstes Auseinanderfallen von Wille und Erklärung	171
I. Mängel des Geschäftswillens	171
1. Fehler bei der Äußerung des Willens	171
a) Erklärungsirrtum (§ 119 Abs. 1 Alt. 2 BGB)	171
b) Inhaltsirrtum (§ 119 Abs. 1 Alt. 1 BGB)	171
c) Unrichtige Übermittlung (§ 120 BGB)	172
d) Gemeinsame Voraussetzungen	172
e) Die Anfechtbarkeit des Verfügungsgeschäfts	173
2. Fehler bei der Willensbildung	174
a) Grundsatz	174
b) Eigenschaftsirrtum (§ 119 Abs. 2 BGB)	174
aa) Rechtsnatur	175
bb) Person oder Sache	176
cc) Eigenschaft	176
dd) Verkehrswesentlichkeit	177
ee) Irrtum	177
ff) Subjektive und objektive Erheblichkeit	177
gg) Die Anfechtbarkeit des Verfügungsgeschäfts	179
3. Problemfälle	179
a) Rechtsfolgenirrtum	179
b) Kalkulationsirrtum	181
c) Automatisch generierte Erklärungen	184
II. Mängel des Erklärungsbewusstseins	187
III. Mängel des Handlungswillens	188

Inhalt

IV. Zusammenfassung: Feststellung des Inhalts einer Erklärung und Folgen von Willensmängeln	189
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	190
§ 20 Arglistige Täuschung und widerrechtliche Drohung	192
I. Vorbemerkung	192
II. Arglistige Täuschung (§ 123 Abs. 1 Alt. 1 BGB)	192
1. Täuschung	192
a) Erregung eines Irrtums	192
b) Täuschung durch Tun oder Unterlassen	192
c) Person des Täuschenden	193
2. Widerrechtlichkeit der Täuschung	195
3. Ursächlichkeit	196
4. Arglist	196
5. Die Anfechtbarkeit des Verfügungsgeschäfts	197
III. Widerrechtliche Drohung (§ 123 Abs. 1 Alt. 2 BGB)	198
1. Drohung	198
2. Widerrechtlichkeit	199
a) Widerrechtlichkeit des angestrebten Zwecks	199
b) Widerrechtlichkeit des eingesetzten Mittels	199
c) Widerrechtlichkeit der Mittel-Zweck-Relation	199
3. Ursächlichkeit	200
4. Subjektive Voraussetzungen	200
5. Die Anfechtbarkeit des Verfügungsgeschäfts	200
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	201
§ 21 Ausübung des Anfechtungsrechts und Rechtsfolgen	202
I. Die Erklärung der Anfechtung	202
II. Die Anfechtungsfrist	203
1. Anfechtung nach §§ 119, 120 BGB	203
2. Anfechtung nach § 123 BGB	203
III. Der Ausschluss der Anfechtung bei Bestätigung des anfechtbaren Rechtsgeschäfts (§ 144 BGB)	204
IV. Die Folgen der Anfechtung	204
1. Nichtigkeit des angefochtenen Rechtsgeschäfts (§ 142 Abs. 1 BGB)	204
2. Einschränkung der Anfechtungsfolgen nach Treu und Glauben (§ 242 BGB)	207
3. Die Schadensersatzpflicht des Anfechtenden nach § 122 BGB	207
V. Die Anfechtbarkeit nichtiger Rechtsgeschäfte	210
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	211
G. STELLVERTRETUNG UND BOTENSCHAFT	
§ 22 Einführung	212
I. Die praktische Bedeutung der Stellvertretung	212
II. Das Wesen der unmittelbaren Stellvertretung	212
III. Die Voraussetzungen der unmittelbaren Stellvertretung	213
1. Aktive Stellvertretung	213

Inhalt

2. Passive Stellvertretung	214
3. Zusammenfassung	215
IV. Die Unterscheidung von unmittelbarer und mittelbarer Stellvertretung	215
V. Die Zulässigkeit der Stellvertretung	216
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	216
§ 23 Der Offenheitsgrundsatz	217
I. Grundprinzip	217
II. Das Handeln in fremdem Namen	217
III. Das Handeln unter fremdem Namen	218
IV. Das Geschäft für den, den es angeht	221
V. Die subjektiven Voraussetzungen	222
VI. Passive Stellvertretung	223
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	224
§ 24 Die Vertretungsmacht	225
I. Grundlagen	225
II. Maßgeblicher Zeitpunkt	226
III. Gesetzliche Vertretungsmacht	227
IV. Rechtsgeschäftliche Vertretungsmacht	228
1. Allgemeines	228
2. Die Erteilung einer Vollmacht	228
a) Allgemeines	228
b) Form	229
3. Vollmacht und Grundgeschäft	230
4. Das Erlöschen der Vollmacht	231
a) Grundsatz	231
b) Erlöschen nach Maßgabe des Grundverhältnisses	231
c) Widerruf	232
5. Einseitige Rechtsgeschäfte	234
V. Vertretungsmacht kraft Rechtsscheins	235
1. Grundlagen	235
2. Überblick	237
3. Vertretungsmacht kraft Rechtsscheins bei Erlöschen einer Außenvollmacht (§ 170 BGB)	238
a) Erteilung einer Außenvollmacht	238
b) Zurechenbarkeit	239
c) Kausalität	239
d) Gutgläubigkeit des Dritten	241
4. Vertretungsmacht kraft Rechtsscheins bei Kundgebung einer Vollmacht (§ 171 BGB)	242
a) Kundgebung einer Vollmacht	242
b) Zurechenbarkeit	243
c) Kausalität	243
d) Gutgläubigkeit des Dritten	244
5. Vertretungsmacht kraft Rechtsscheins bei Vorlage einer Vollmachtsurkunde (§ 172 BGB)	244
a) Vorlage einer Vollmachtsurkunde	244

Inhalt

b)	Aushändigung der Vollmachtsurkunde an den Vertreter	246
c)	Kausalität	246
d)	Gutgläubigkeit des Dritten	246
6.	Die Anscheinsvollmacht	247
a)	Begriff	247
b)	Der Streit um die Anscheinsvollmacht	247
c)	Voraussetzungen	248
aa)	Rechtsschein	248
bb)	Zurechenbarkeit	248
cc)	Kausalität	249
dd)	Gutgläubigkeit des Dritten	249
7.	Die Anfechtbarkeit einer Rechtsscheinvollmacht	249
8.	Rechtsfolgen einer Rechtsscheinvollmacht	251
VI.	Die Duldungsvollmacht	251
VII.	Überblick: Vertretungsmacht	253
VIII.	Rechtsscheinhaftung bei Handeln unter fremdem Namen	253
	Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	254
§ 25	Vertretung ohne Vertretungsmacht	256
I.	Grundsätze	256
II.	Vertragsschluss ohne Vertretungsmacht	256
III.	Einseitige Rechtsgeschäfte	257
1.	Aktive Stellvertretung	257
2.	Passive Stellvertretung	258
IV.	Die Haftung des falsus procurator nach § 179 BGB	258
1.	Abschluss eines Vertrags ohne Vertretungsmacht	258
2.	Verweigerung der Genehmigung	259
3.	Ausschluss der Haftung nach § 179 Abs. 3 BGB	259
4.	Haftungsinhalt	260
a)	Kenntnis vom Mangel der Vertretungsmacht (§ 179 Abs. 1 BGB)	260
b)	Keine Kenntnis vom Mangel der Vertretungsmacht (§ 179 Abs. 2 BGB)	261
	Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	262
§ 26	Einzelne Probleme des Stellvertretungsrechts	263
I.	Untervertretung	263
II.	Gesamtvertretung	265
III.	Die Anfechtung der Vollmacht	266
IV.	Willensmängel und Wissenszurechnung (§ 166 BGB)	271
1.	Prinzipielle Maßgeblichkeit der Person des Vertreters (§ 166 Abs. 1 BGB)	271
a)	Willensmängel	271
b)	Kennen und Kennenmüssen	272
2.	Ausnahmsweise Beachtlichkeit der Person des Vertretenen (§ 166 Abs. 2 BGB)	272
a)	Kennen und Kennenmüssen	272
b)	Willensmängel	273

Inhalt

V. Der Missbrauch der Vertretungsmacht	275
1. Problem	275
2. Kollusion	276
3. Nicht-kollusiver Missbrauch	276
VI. Insihgeschäfte (§ 181 BGB)	278
1. Problem	278
2. Rechtsfolge	279
3. Anwendungsbereich	280
a) Selbstkontrahieren und Mehrvertretung	280
b) Verträge und einseitige Rechtsgeschäfte	281
c) Einschränkung und Ausweitung des Anwendungsbereichs	281
aa) Problem	281
bb) Einschränkung des Anwendungsbereichs	281
cc) Ausweitung des Anwendungsbereichs	282
4. Zulässige Insihgeschäfte	283
a) Gestattung	283
b) Erfüllung einer Verbindlichkeit	283
5. Das Problem der Erkennbarkeit von Insihgeschäften	286
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	286
§ 27 Boten	287
I. Boten und Stellvertreter	287
1. Der Begriff des Boten	287
2. Die Abgrenzung von Boten und Stellvertretern	287
a) Aktive Stellvertreter	287
b) Passive Stellvertreter	289
II. Erklärungs- und Empfangsboten	291
III. Fehler bei der Übermittlung von Willenserklärungen	295
1. Fehler von Erklärungsboten	295
2. Fehler von Empfangsboten	297
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	298
H. VERBRAUCHERSCHUTZRECHT UND ALLGEMEINE GESCHÄFTSBEDINGUNGEN	
§ 28 Verbraucherschutzvorschriften	299
I. Hintergrund	299
II. Einfluss des Europarechts	299
III. Verbraucher und Unternehmer	301
1. Situationsbezogene Definition	301
2. Persönliche Voraussetzungen	302
3. Gewerbliche oder selbständige berufliche Tätigkeit	302
4. Bestimmung der Zwecksetzung	303
5. Gemischte Zwecksetzung	304
6. Stellvertreter	305
7. Abschluss eines Rechtsgeschäfts	305
IV. Überblick	306
V. Anwendungsbereich des allgemeinen Verbraucherschutzrechts	307

Inhalt

VI. Besondere Anforderungen an den Vertragsschluss	308
1. Vertragsschluss im elektronischen Geschäftsverkehr	309
2. Extrazahlungen	310
VII. Informationspflichten	310
VIII. Widerrufsrechte	312
1. Grundlagen	312
2. Erklärung des Widerrufs	313
3. Widerrufsfrist	314
4. Folgen des Widerrufs	315
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	316
§ 29 Die Verwendung von Allgemeinen Geschäftsbedingungen	317
I. Der Anwendungsbereich der §§ 305 ff. BGB	317
II. Der Begriff der Allgemeinen Geschäftsbedingungen	318
III. Der Grund der Kontrolle von Allgemeinen Geschäftsbedingungen	320
IV. Möglichkeiten der Kontrolle Allgemeiner Geschäftsbedingungen	321
V. Die Einbeziehung von Allgemeinen Geschäftsbedingungen in den Vertrag	322
1. Nach § 305 Abs. 2 BGB	322
2. Nach den allgemeinen Regeln	324
3. Überraschende Klauseln (§ 305c Abs. 1 BGB)	324
4. Kollision von Allgemeinen Geschäftsbedingungen	325
VI. Die Auslegung von Allgemeinen Geschäftsbedingungen	326
VII. Die Inhaltskontrolle von Allgemeinen Geschäftsbedingungen	327
1. Überblick	327
2. Voraussetzung der Inhaltskontrolle	328
3. Die Generalklausel des § 307 Abs. 1 und 2 BGB	329
a) Der Grundsatz des § 307 Abs. 1 S. 1 BGB	329
b) Die Regelbeispiele des § 307 Abs. 2 BGB	329
c) Das Transparenzgebot des § 307 Abs. 1 S. 2 BGB	330
VIII. Rechtsfolgen bei Nichteinbeziehung oder Unwirksamkeit einer Klausel	330
1. Keine Nichtigkeit des Vertrags	330
2. Schließung der Vertragslücke	331
3. Unzulässigkeit einer geltungserhaltenden Reduktion	332
4. Salvatorische Klauseln	334
5. Bindung des Verwenders	334
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	335
I. GEGENRECHTE	
<hr/>	
§ 30 Einreden und Einwendungen	336
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	337
§ 31 Grundzüge des Verjährungsrechts	338
I. Begriff und Zweck der Verjährung	338
II. Gegenstand der Verjährung	338
III. Die Verjährungsfristen	338
1. Regelmäßige Verjährungsfrist	338

Inhalt

2. Sonderverjährungsfristen	339
3. Berechnung der Verjährungsfrist	339
4. Verjährung bei Rechtsnachfolge	340
IV. Hemmung, Ablaufhemmung und Neubeginn der Verjährung	341
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	341
Definitionen	343
Stichwortverzeichnis	355